

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Die Bundestagswahl am 27. September hatte für meine Partei wie auch für mich persönlich einschneidende Konsequenzen. Die SPD ging nach elf Jahren Regierungsbeteiligung in die Opposition. Damit schied ich aus dem Amt des Staatsministers für Europa aus. Ende Oktober übergab ich die Amtsgeschäfte an meinen Nachfolger Dr. Werner Hoyer (FDP).



Hinter mir liegt eine Aufgabe, die mir nicht nur viel Arbeit beschert, sondern vor allem viel Freude bereitet hat und die hinter mir zu lassen manchmal auch nicht leicht fällt, das gebe ich gerne offen zu. Veränderung ist aber das Wesen der Demokratie und Ämter auf Zeit ihr Garant. So wünsche ich meinem Nachfolger viel Erfolg und gleichfalls viel Freude bei seiner Tätigkeit.

Es gibt in der Politik das ungeschriebene Gesetz, dass ehemalige Regierungsmitglieder ihre Arbeit nicht nahtlos im eigenen Bereich fortführen: Damit soll die politische Konfrontation zwischen Vorgängern und Amtsnachfolgern umgangen werden. So bewarb ich mich um einen Sitz im Auswärtigen Ausschuss. Dort werde ich in den nächsten vier Jahren unter anderem mit den Bundesministerinnen a. D. Heidemarie Wieczork-Zeul und Edelgard Bulmahn zusammenarbeiten. Ich werde dort die Bereiche Arabische Welt und Europäische Außen- und Sicherheitspolitik betreuen.

Auch wenn im Auswärtigen Ausschuss nur wenige Gesetze beraten werden, so ist diese Aufgabe höchst spannend und verantwortungsvoll. Ein wichtiger Punkt, über den im Auswärtigen Ausschuss verhandelt wird, sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Hier stehen eine Reihe wichtiger Entscheidungen an. Ein anderer ist die bevorstehende Klima-Konferenz in Kopenhagen.

Als stellvertretendes Mitglied im Europa-Ausschuss bleibe ich natürlich der Europäischen Union verbunden.

In diesem Sinne schreibe ich meinen Europa-Newsletter fort, ergänzt um Interessantes aus dem Auswärtigen Ausschuss.

Meine herzlichen Grüße



Termine

- 5. Dez 09**
11 Uhr
Aids-Benefiz-Aktion
Pfannenschmieds-
gasse, Nürnberg
- 6. Dez 09**
Nachmittags
Verkaufsstand für
Diakonie Neuendet-
telsau, Christkind-
lesmarkt
- 7. Dez 09**
Gespräch mit Prof.
Dr. Braun, Präsident
der Georg-Simon-
Ohm-Hochschule
u.a. über Proteste
der Studierenden



Bild: S. Solberg J.

- 10. Dez 09**
18 Uhr
SPD-Jubilar-Ehrung
im Karl-Bröger-Saal
- 13. Dez 09**
Feierstunde 90 Jah-
re AWO in Berlin
- 14.—18. Dez 09**
Sitzungswoche des
Dt. Bundestages in
Berlin
- 17. Dez 09**
18 Uhr
SPD-Ehrenamts-
preisverleihung im
Karl-Bröger-Saal

Diesen Monat

Editorial: Neu im Auswärtigen Aus- schuss	S.1
In Kraft: Lissabon-Vertrag	S.2
Europa bekommt 2 Gesich- ter	S. 3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

In Kraft: Vertrag von Lissabon

Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages deutlich gestärkt

Am 1. Dezember trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Vorausgegangen war ein höchst schwieriger Ratifikationsprozess (Genehmigungsverfahren) in den Mitgliedsländern. Anfang Oktober stimmte die irische Bevölkerung zum 2. Mal über den Vertrag ab: Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus. Als letzte hinterlegte die tschechische Regierung Mitte November ihre Ratifikationsurkunde bei der italienischen Regierung in Rom.

Die Kernpunkte sind:

- Ausweitung des Prinzips der qualifizierten Mehrheit als Entscheidungsregel des Ministerrates
- Einführung des Amtes des ständigen EU-Ratspräsidenten
- Einführung des Amtes des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik („EU-Außenminister“)
- Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments bei der Mitentscheidung
- Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens
- Stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in den EU-Rechtssetzungsprozess
- Einführung eines Klagerechtes

für nationale Parlamente vor dem Europäischen Gerichtshof

- Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechte-Charta
- Vereinheitlichung der EU-Struktur und eigene Rechtspersönlichkeit der EU

Das Karlsruher Urteil

Auch in Deutschland gab es Widerstände gegen den Lissabon-Vertrag. Beim Bundesverfassungsgericht gingen mehrere Klagen ein. In ihrem Urteil vom 30. Juni wiesen die Karlsruher Richter an, das Begleitgesetz noch einmal zu überarbeiten. Dadurch sind die Mitwirkungsmöglichkeiten des Gesetzgebers in Deutschland deutlich gestärkt worden. In Zukunft wird der Deutsche Bundestag über europäische Gesetzesvorhaben umfassend informiert und kann wirksamer als bislang Stellung beziehen.

Die Unterrichtspflichten der Bundesregierung wurden ausgeweitet und die Mitwirkungsrechte des Bundestages gestärkt.

Zum Beispiel ...

- muss die Bundesregierung den Bundestag umfassend, frühestmöglich und fortlaufend über Beitrittsverhandlungen oder Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH informieren
- muss die Bundesregierung den Bundestag vor Tagungen des



Europäischen Rates schriftlich und mündlich unterrichten

- muss die Bundesregierung dem Bundestag Mahnschreiben über die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren zuleiten, welche die Nichtumsetzung von Richtlinien durch den Bund betreffen

Umgekehrt ...

- hat der Bundestag das Recht zur Stellungnahme zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und Vertragsänderungen
- hat der Bundestag das Recht, vorbereitende Papiere des Rates oder der Kommission anzufordern; auch muss der Zugang zu EU-Datenbanken gewährleistet sein
- muss der Bundestag bestimmten Erweiterungen der EU-Befugnisse zustimmen

Mit dem Lissabon-Vertrag macht die EU einen deutlichen Schritt nach vorne. Welche Möglichkeiten sich entfalten werden, muss die politische Wirklichkeit zeigen.

Bilder:

Links: Die Staats- und Regierungschefs nach der Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages
Oben: Politische Kampagnen im Zuge des irischen Referendums zum Lissabon-Vertrag





Europa bekommt 2 Gesichter

Der Vertrag von Lissabon hat zwei neue Spitzenpositionen geschaffen: Den ständigen EU-Ratspräsidenten und den Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik („EU-Außeminister“). Beim EU-Gipfel am 19. November einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Belgier und eine Britin: Der 62 Jahre alte Belgier **Herman Van Rompuy** wird zum 1. Dezember der erste ständige EU-Ratspräsident. Seine Amtszeit beträgt 2,5 Jahre. Er tritt an die Stelle des bisher halbjährlich wechselnden Vorsitzenden des Europäischen Rates. Die EU-Ratspräsidentschaften wechseln weiterhin in einem halbjährlichen Turnus zwischen den Mitgliedsstaaten. Durch die Einführung eines *ständigen* EU-Ratspräsidenten soll mehr Kontinuität in der pol. Führung erwirkt werden.

Van Rompuy war zuvor belgischer Premierminister. Dieses Amt musste er niederlegen. Er gehört der christlich-demokratisch - flämischen Partei an. Ihm wird angerechnet, Ruhe in die stark polarisierte belgische Politik gebracht zu haben, die zuvor arg von dem Konflikt zwischen niederländisch sprechenden Flandern und französisch sprechenden Wallonen gebeutelt wurde. Auch sonst gilt er vielen als ruhiger, besonnener und intellektueller Politiker und Liebhaber japanischer Poesie. Er hat mehrere Bücher über ethische Fragen geschrieben. Der vierfache Vater und studierte Wirtschaftswissenschaftler gilt als schlagfertig und witzig. Er bringt eine über dreißigjährige politische Erfahrung mit. Manchen gilt Van Rompuy als klassischer Kompromisskandidat. Für zuvor in der Diskussion stehende Politiker wie Tony Blair oder Jean-Claude Juncker fanden sich keine Mehrheiten.

Der Hohe Vertreter der EU für Außen und Sicherheitspolitik ist die 53-jährige **Catherine Ashton**, eine britische Politikerin der Labour Party. Ihr Amt vereinigt die Ämter des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik. Ashton ist Mitglied des Britischen Oberhauses. Wie Van Rompuy studierte sie Wirtschaftswissenschaften. Zunächst arbeitete sie in einer Organisation der britischen Friedensbewegung. Später war sie im Bereich der sozialen Arbeit und im Gesundheitswesen tätig. Ihre politische Laufbahn führte sie als Parlamentarische Staatssekretärin ins britische Bildungs-, Verfassungs- sowie Justizministerium. 2007 ernannte Premierminister Gordon Brown sie zur Vorsitzenden des Oberhauses. Im Oktober 2008 wurde Ashton schließlich Nachfolgerin des EU-Handelskommissars Peter Mandelson.

Catherine Ashton wurde 1999 von der britischen Königin geadelt, womit sie den Titel Baroness Ashton of Upholland erhielt. Sie ist mit dem aus Österreich stammenden Journalisten Peter Keller verheiratet, mit dem sie zwei Kinder und drei Stiefkinder hat.

Als Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird Ashton auch gleichzeitig zur Stellvertretenden Präsidentin der neuen EU-Kommission. In diesem Amt muss Ashton aber noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden.

Beide Politiker sollen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die EU nach innen wie außen besser wahrgenommen wird. Ihr Erfolg liegt im Interesse aller!



Bild oben: Luc van Braekel, Bild rechts: World Economic Forum